



## Nein zur Offenhaltung des Flughafens Tegel

Seit Jahren wird den EinwohnerInnen von Pankow die Schließung Tegels nach der Inbetriebnahme des BER versprochen. Die FDP will dies mit einem Volksentscheid verhindern und einen dauerhaften Weiterbetrieb des Flughafens Tegel durchsetzen. DIE LINKE sagt „Nein zur Offenhaltung von Tegel“.

Innerstädtische Flughäfen sind mit nicht vertretbaren Sicherheitsrisiken sowie Lärm- und Schadstoffbelastungen für die AnwohnerInnen verbunden. Nach der Schließung von Tegel sollen hier große Grün- und Erholungsflächen entstehen.

Ca. 9000 Wohnungen, die Hälfte davon mit Sozialbindung, sollen errichtet werden, die Beuth-Hochschule wird sich im Terminalgebäude ansiedeln, ein Campus für Wirtschaft und Wissenschaft wird entstehen und damit tausende neue Arbeitsplätze. Das alles würde verhindert, ginge es nach dem

Willen der FDP. Darüberhinaus sprechen noch viele andere Gründe gegen einen Weiterbetrieb von Tegel. Der Bau des BER wurde nur unter der Voraussetzung genehmigt, dass die innerstädtischen Flughäfen geschlossen werden.

Bleibt Tegel offen, droht die Genehmigungsgrundlage für den BER zu entfallen. Bei einem parallelen Betrieb zweier Flughäfen fallen die Betriebskosten für zwei Flughäfen bei im wesentlichen gleichen Passagieraufkommen an. Für einen dauerhaften Weiterbetrieb Tegels müssten ca. eine Milliarde in die Sanierung und Instandhaltung investiert werden. Die dann notwendigen neuen Schallschutzmaßnahmen aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen kosten nochmals mindestens 400 Millionen. Also viele gute Gründe für ein Nein zur Offenhaltung Tegels. Übrigens: Die FDP verschweigt geflissentlichst, dass Berlin

### Schwerpunktthema

#### > Neue linke Wohnungspolitik

... weiter auf Seite 3

#### > Kiezladen Duncker 14

... weiter auf Seite 4

#### > Kultur weicht?

... weiter auf Seite 5

#### > Experte des halbvollen Glases

... weiter auf Seite 6

gar nicht allein über eine Offenhaltung entscheiden kann. Brandenburg müsste zustimmen und hier hat Ministerpräsident Woidke schon unmissverständlich

klar gemacht, das Brandenburg einem Weiterbetrieb Tegels nicht zustimmen wird.

**Harald Wolf**  
Mitglied des

Abgeordnetenhauses



> **Tore der Feuerwache Blankenburg**

Mit einem Dringlichkeitsantrag wendet sich die BVV über das Bezirksamt an die BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH, Gesellschaft des Landes Berlin) als Eigentümerin der Feuerwache Blankenburg. Nach jahrelanger Vernachlässigung des Gebäudes durch die Eigentümerin ist vor einigen Tagen eine gefährliche Situation entstanden: Die verrosteten Tore drohen „aus den Angeln zu fallen“ und gefährden Leib und Leben der Feuerwehrleute. Der zuständige Stadtrat Kuhn (Grüne) sicherte zu, sich schnellstmöglich der Sache anzunehmen.

> **Provokation der AfD verpufft**

Mit einem Antrag zum Thema „politische Gewalt“ hat sich die AfD-Fraktion zu Wort gemeldet. Unter dem Deckmantel der vorgeblichen Verteidigung der Demokratie gegen extremistische Gewalt wollte sie legitime Protestformen diffamieren und letztlich einschränken. Der Antrag wurde ohne Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

> **Graffiti**

In einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linksfraktion wird das Bezirksamt ersucht, in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Sport, die Graffiti-Kunst im Mauerpark, an der Mauer auf dem Hang zum Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion, zu legalisieren und weitere freie Möglichkeiten zu schaffen, um legal der Graffiti-Kunst nachzugehen. Positive Beispiele hierfür sind das Graffiti-Projekt Lichtenberger Brücke und das Modellprojekt „Legale Spraywand“ aus Steglitz-Zehlendorf.

**Einladung BVV-Sitzung**

am 28. Juni 2017

> **8. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal, Haus 7, in der Fröbelstraße 17

# Neue soziale Erhaltungsgebiete

> **Aus der 7. Tagung der BVV am 17. Mai**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow des kürzlich verstorbenen ehemaligen Bezirksverordneten Prof. Dr. Eckbert Klüsener, der als Mitglied der PDS-Fraktion in der BVV Weißensee wirkte.

In der Fragestunde für die Einwohnerschaft brachten viele Schülerinnen und Schüler der Bornholmer Grundschule lautstark zum Ausdruck, dass sie ihren Öko-Schulgarten nicht aufgeben wollen. Der Bezirk prüft, ob auf dem jetzigen Schulgarten Erweiterungsbauten bzw. eine Turnhalle errichtet werden.

In seinem Bericht teilte der Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) u.a. mit, dass das Bezirksamt einen Eckwertebeschluss für den Doppelhaushalt 2018/2019 entwickelt und die Sanierung des „Regenbogen“-Spielplatzes mit den „Freunden des Mauerparks“ und mit Unterstützung von Geflüchteten begonnen hat.

Dauerbrenner in der BVV ist die Stadtentwicklung. Im Ergebnis von Voruntersuchungen wurde für die Gebiete Pankow Süd, Komponisten-Viertel und Langhansstraße die Aufstellung von sozialen Erhaltungsverordnungen empfohlen. Um möglichst bald Maßnahmen gegen weitere Verdrängung - auch durch Sanierungsmaßnahmen - einleiten zu können, forderten SPD und Linksfraktion in einem gemeinsamen Antrag die zeitnahe Aufstellung.

CDU und FDP wollten sich erneut nicht von diesen Maßnahmen des Mieter\*innenschutzes überzeugen lassen. Wolfram Kempe (Linksfraktion) stellte in der Debatte klar, dass die CDU wohl „nie Einschränkungen der privatwirtschaftlichen Renditeerwartungen unterstützen wird. Unser

Ziel war und bleibt der Erhalt des Zusammenhalts in der sozialen Stadt.“



Tram in der Langhansstraße

Mit dem Antrag „Kein generelles Tempo 30 auf Hauptstraßen“ entwarf die CDU zudem ein für diese Autofahrer\*innenpartei wahrhaft bedrohliches Horrorszenario. Allein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Emissionsminderung bei Tempo 30 beweisen, lässt die CDU befürchten, dass die Höchstgeschwindigkeit auf allen Berliner Hauptstraßen zukünftig reduziert wird. Merkwürdig nur: Dies ist nicht geplant. Postfaktische Steigerung: Die AfD-Fraktion stellte die wissenschaftlichen Erkenntnisse an sich in Frage. Der Antrag wurde abgelehnt.



**Matthias Zarbock**  
Vorsitzender  
der Linksfraktion  
in der BVV

# Neue linke Wohnungspolitik

## > Mieter\*innenrechte stärken und die verdamnten Mieten senken

Im Herbst sind Bundestagswahlen und in Berlin zeigt sich, wie linke Wohnungspolitik aussehen kann. Eine soziale Wohnraumversorgung ist Grundstein für eine soziale Stadtentwicklungspolitik und Voraussetzung dafür, das Versprechen „Die Stadt gehört Euch“ einzulösen.



Wohnhäuser an der S-Bahn-Trasse

Ein zentrales Handlungsfeld ist hierbei die Neuausrichtung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. So haben Senat und Wohnungsbaugesellschaften vereinbart, den Bestand an kommunalen Wohnungen auf 360.000 bis 2021 durch Neubau und Bestandsankäufe zu erhöhen. Die Mieten werden begrenzt. 60 % aller landeseigenen Wohnungen sollen bei Wiedervermietung maximal zur ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet werden.

Unterstützt durch die Übertragung landeseigener Grundstücke und die Ausübung des Vorkaufsrechts durch das Land Berlin verpflichten sich die Gesellschaften mindestens 50 % der Neubauwohnungen mietpreis- und belegungsgebunden an Menschen mit Wohnberechtigungsschein, darunter auch Geflüchteten, anzubieten.

Zudem haben sich die landeseigenen Wohnungsunternehmen zu mehr Bürgerbeteiligung verpflichtet. In der Vergangenheit war es den Gesellschaften nicht selten egal, was Bürger\*innen bewegte.

Leider gehören die meisten Wohnungen nicht (mehr) den eigenen Gesellschaften. Manch ein privater Vermieter hat jede Scheu verloren, Mieter\*innen auszubeuten. Rot-Rot-Grün hat deshalb einen Antrag auf den Weg gebracht, kostenfreie Mieter\*innenberatungen in allen

Bezirken einzurichten. Zukünftig sollen über Kollektivverträge des Senats mit Mieter\*innenorganisationen Transferleistungsbeziehende Mietrechtsschutz erhalten, um übersteuerten Modernisierungen oder anderen Schweinereien zu widersprechen.

Wir wollen einen stadtentwicklungspolitischen Paradigmenwechsel im Land und Bund. Wir sagen klar: Das Bundesmietrecht ist unsozial und eine echte Mietpreisbremse muss her. Außerdem muss Schäuble die Höchstpreisvergaben von Bundesliegenschaften beenden. In Berlin werden mit Rot-Rot-Grün hingegen landeseigene Grundstücke, die für Wohnungsbau geeignet sind, nur noch mit Erbbaurecht vergeben. So wird der Boden als Gemeingut gesichert. Das wäre auch bundespolitisch ein überzeugender Beitrag zur Stärkung des Gemeinwohls.



**Katalin Gennburg**  
Mitglied des  
Abgeordnetenhauses

# Ecke Stargarder

Im Februar wandten sich Mieter\*innen aus der Stargarder Straße 28 / Dunckerstraße 23 an uns. Sie berichteten von der Ankündigung umfangreicher Modernisierungsmaßnahmen mit Mietsteigerungen bis zu 150 %.

In einem anderen Fall hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) dem Bezirksamt gerade aufgetragen, im Gespräch mit Investoren und Ei-



Stargarder Straße 28 / Dunckerstraße 23

gentümern auf die Einleitung eines Sozialplanverfahrens hinzuwirken mit dem Ziel, den langfristigen Verbleib der Mieter\*innen in ihren Wohnungen zu ermöglichen.

So schnell wir diesen ersten Schritt gehen konnten, so gestaltet sich die konkrete Hilfe für die Betroffenen Ecke Stargarder jedoch schwierig. Zum einen scheint der Eigentümer nur ein eingeschränktes Interesse an einem guten Verhältnis zu seinen Mieter\*innen zu haben. Zum anderen scheint das zuständige Amt wohl erst mal zu prüfen, ob es überhaupt auf eine Verständigung zwischen den Parteien hinwirken darf. Angesichts der Herausforderungen, die ein steigender Mietspiegel an uns richtet, müssen Politik und Verwaltung jedoch selbstbewusst ihre Spielräume nutzen, um einer Bewohnerschaft zu helfen, die finanziell und gesundheitlich auf ihr Wohnumfeld angewiesen ist.

**Fred Bordfeld**  
Bezirksverordneter

# Zukunft für den Kiezladen

## > Spende für Institution am Helmholtzplatz

Der Kiezladen Zusammenhalt in der Dunckerstraße 14 hat eine lange und bewegte Geschichte. Seine Entstehung ist eng mit der Situation kurz nach der Wende in Prenzlauer Berg verbunden.



Der Kiezladen Dunckerstraße 14 wirbt weiterhin um Unterstützung.

Der Senat erklärte zwischen 1992 und 1995 fünf Kieze, darunter den am Helmholtzplatz, zu Sanierungsgebieten und förderte in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit Milliardeninvestitionen die Erneuerung der gründerzeitlichen Wohnhäuser und die Verbesserung der Infrastruktur. Betroffenenvertre-

tungen (BV) sollten die Beteiligung der Bürger\*innen an diesem Prozess sicherstellen.

Es war noch ein besetztes Haus, als die BV Helmholtzplatz die Räume bezog. Fast ein Jahr lang wurde das Ladenlokal mit Fördergeldern saniert, schon vom ersten Tag an gab es Versammlungen und Begegnungen. Es fanden Diskussionsveranstaltungen und Ausstellungen statt, ein Kiez-Chor und eine Kabarettgruppe probten dort und eine Kleiderkammer hatte ein gut nachgefragtes Angebot für Menschen mit kleinem Geldbeutel parat.

Bis 2015 wurde der Kiezladen vom Bezirksamt gefördert. Nach der Aufhebung des Sanierungsgebiets und dem Wegfall der Förderung schlossen sich Aktive zu einem Verein zusammen, der mittlerweile 60 Mitglieder zählt. Sie schaffen es, etwa zwei Drittel der nötigen Mittel für den Weiter-

## Wahlkreisbüro

### Stefan Liebich

Breite Straße 11 A  
13187 Berlin-Pankow  
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner  
stefan.liebich.ma04@bundestag.de  
Tel.: 030.499 87 408



betrieb aufzubringen. Für die Differenz hat der Verein beim Bezirksamt einen Zuschuss beantragt und hofft auf eine Bewilligung noch in diesem Jahr. Denn in der Tat ist der Kiezladen eine wichtige Infrastruktureinrichtung. Bis dahin wird versucht, sich mit Einzelspenden über die Runden zu retten. Bei meinem Besuch habe ich einen Scheck des Vereins unserer Linksfraktion im Deutschen Bundestag überreicht.

**Stefan Liebich**

**Mitglied des Bundestages**

## Kurz aus dem Kiez

### > Feste feiern

Viele von gemeinnützigen Vereinen oder Ehrenamtlichen organisierten Feste sind mit hohen Gebühren für die Nutzung von Straßen- oder Grünflächen belastet. Damit diese für das Gemeinwesen wichtigen Feste dadurch nicht gefährdet werden, haben SPD, LINKE und Grüne einen Beschluss erwirkt. Das Bezirksamt ist aufgefordert, Anmelder\*innen von Festen mit überwiegend nicht kommerziellen Angeboten zu unterstützen.

### > Tempo 30 beim DGZ

Seit einigen Wochen hat die Berlin Bilingual School vorübergehend ihren Grundschulbetrieb in die »DGZ-Stadt«

## Kurz aus dem Kiez



verlegt. Auf Antrag der Linksfraktion werden nun eine Tempo 30 Zone eingerichtet und Schilder aufgestellt, die auf die erhöhte Anzahl von Kindern im Straßenverkehr hinweisen.

### > Wilhelmsruher See

In einem gemeinsamen Antrag mit SPD und Grünen fordert die Linksfraktion

## Kurz aus dem Kiez

das Bezirksamt auf, kurzfristig eine Grobreinigung des Wilhelmsruher Sees zu veranlassen. Die Reinigung sollte vor dem »Tag der Stadtnatur« am 17. Juni abgeschlossen sein. Der Antrag wurde beschlossen.

### > Darßer Straße

Vor zwei Jahren hatte die BVV Pankow beschlossen, auf der Darßer Straße in der Nähe der Werkstätten der Stephanus-Stiftung eine Straßenquerung zu schaffen, die für Menschen mit Behinderungen mehr Verkehrssicherheit bieten soll. Da bisher nichts geschehen ist, haben SPD und Linksfraktion erneut einen einstimmigen Beschluss der BVV dazu herbeigeführt.

# Kultur weicht?

## > Kinder- und Jugendtheater unter Druck

Oft ist die Kulturlandschaft ein früher Indikator für Entwicklungen der Stadtgesellschaft. Finanziellem Druck ist sie weniger gewachsen als andere Bereiche. Was Wunder, dass gerade die Entwicklungen auf dem „Mietenmarkt“ hier besonders spürbar werden. So gibt es derzeit im Bezirk gleich zwei beispielhafte Vorgänge nur bei Kinder- und Jugendtheatern: Der Weggang der

„Murkelbühne“ und das drohende Aus des „Theaters o.N.“.

Die 1992 gegründete „Murkelbühne“ hat wirtschaftliche Engpässe überlebt und den Umzug 2011 aus dem Elias-Hof überstanden. Obwohl der jetzige Vermieter in der Greifswalder Straße 88 entgegenkommend war, kann sich die so wichtige Bühne für Kinder und Jugendliche nicht mehr im Bezirk halten. Das ist ein schwerer Verlust. Die nächste Spielzeit der „Murkelbühne“ wird unter dem neuen Namen „Meine Bühne“ in der Theaterkapelle in der Boxhagener Straße 99 stattfinden.

Noch „dienstälter“ ist das „Theater o.N.“ in der Kollwitzstraße 53. 1979 als erstes und eines der wenigen freien Theater in der DDR gegründet, droht ihm nun im Juli 2017 nach Auslaufen des Mietvertrags der Verlust der Spielstätte. Das Haus gehört einer Eigentümergemeinschaft, die selbst im Haus wohnt und über Lärmbelästigung klagt. Die drohende Quasi-Kündigung hat Protest ausgelöst. Jeden Freitag treffen sich Unterstützer\*innen um 18 Uhr. Ein Offener Brief wurde von vielen unter-



Theater o.N. in der Kollwitzstraße 53

zeichnet. Pankows Bürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) hat sich persönlich eingeschaltet, seine Verwaltung hat viele Gespräche zur Vermittlung geführt. Kultursenator Klaus Lederer (DIE LINKE) sucht nach Wegen für eine Problemlösung.

Der Kulturausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat einen Antrag zur Unterstützung des Theaters auf der Tagesordnung. Es besteht noch Hoffnung, dass das Theater dem Kollwitz-Kiez erhalten bleibt.

**Matthias Zarbock**

**Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Pankow**

## **DIE LINKE.** Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin  
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

### **Linksfraktion in der BVV Pankow**

Bezirksamt  
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

# Mehr Teilhabe für Senior\*innen

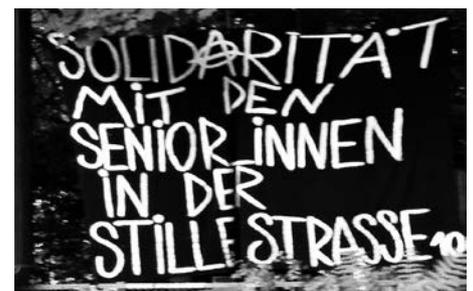
## > Senior\*innenpolitik ist nicht nur was für Alte

2013 hat der Berliner Senat „Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik“ beschlossen. Als Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung soll damit die Teilhabe der älteren Generation sichergestellt werden. Die Umsetzung dieser Leitlinien ist Querschnittsaufgabe aller Senatsverwaltungen.

In Pankow ist seit 2015 ein Altenbericht in Planung. Er soll in Umsetzung der Leitlinien die kommunale Handlungsgrundlage bilden. Aber in den letzten Jahren hat sich in Bezug auf die Umsetzung all dieser Vorhaben nur punktuell etwas getan. Das muss sich ändern.

So gilt es, die jüngst gewählte Senior\*innenvertretung zu unterstützen. Die Durchführung einer außerordentlichen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), auf der seniorenpolitische Themen im Mittelpunkt stehen, ist eine langjährige Tradition und fester Bestandteil der Pankower Kommunalpolitik. In diesem Jahr findet sie am Mittwoch, dem 14. Juni 2017 um 17:30 Uhr im BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Haus 7 statt.

Wie ich finde, ein guter Anlass, dass sich auch die Linksfraktion in der BVV künftig stärker mit senioren-



Soli-Schild 2012 im Friedrichshain anlässlich der Besetzung der Seniorenfreizeitstätte Stille Straße

politischen Themen beschäftigt und das Bezirksamt zum Handeln auffordert. Ich lade alle Interessierten herzlich ein, in einer Arbeitsgruppe der Fraktion mitzuwirken.



**Tina Pfaff**  
**Bezirksverordnete**

# Experte des halbvollen Glases

➤ **Ein Tag mit Stefan Liebich, Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages**

Eigentlich hatten sich die Obleute im Auswärtigen Ausschuss das ganz anders gedacht. Der German Marshall Fund, eine Stiftung zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und den USA, hatte zur Feier anlässlich des 70jährigen Jubiläums des Marshall-Plans geladen. Der wollte man gern folgen, allerdings fiel die Party mit einer Ausschusssitzung zusammen. So erinnerte Stefan Liebich daran, dass ein schlechter Präzedenzfall geschaffen würde, der schnell auch andere Sit-

Tschetschenien die Bundesregierung zu deren Schutz in die Pflicht zu nehmen. Während die Regierung aus Union und SPD dagegen stimmte, enthielten sich die Grünen. Ihr Argument: Die Verantwortung des russischen Präsidenten sei nicht deutlich genug herausgearbeitet worden.

Stefan Liebich meinte später, dass trotz Ablehnung sich niemand aus der Verantwortung stehlen kann. „Ich bin eben der Experte des halbvollen Glases, immer auch ein Stück weit opti-



Anschließend fuhr er zum Jakob-Kaiser-Haus. Pankows direkt gewählter Volksvertreter saß dort gemeinsam mit drei Kollegen anderer Fraktionen pünktlich einer afghanischen Delegation gegenüber. Es herrschte babylonisches Sprachgewirr, Englisch, Dari und



Stefan Liebich findet aufmerksame Zuhörer unter den afghanischen Gästen.



Auch Frauen war Teil der hochrangigen Delegation aus Kabul.

zungstermine obsolet werden lassen könnte, und ohnehin ein prall gefülltes Arbeitsprogramm auf dem Tisch liegt. Die Obleute beugten sich den Vernunftargumenten und Stefan Liebich fand, dass dieser Mittwochmorgen im Mai kein schlechter ist. Es schafft ein gutes Gefühl, wenn der eigene Rat von anderen beherzigt wird, auch von der politischen Konkurrenz.

Diese Konkurrenz wurde in der nachfolgenden Ausschusssitzung im Paul-Löbe-Haus deutlich. Bei 14 Tagesordnungspunkten ging die Reise von Russland über den Balkan bis nach Afghanistan. Punkt zehn beinhaltete einen von Stefan Liebich initiierten Antrag, nach Berichten über schwere Vorfälle gegen Schwule in

mistisch“. Und schwang sich auf sein Fahrrad und radelte zu seinem Büro Unter den Linden.

Dort traf er Jeannette Böhme von der Frauenrechtsorganisation medica mondiale. Die von ihr vertretene NGO gibt es seit 25 Jahren und unterstützt Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten, die sexualisierte Gewalt überlebt haben. Ihr Anliegen ist es, Außenpolitiker noch stärker für dieses Thema zu sensibilisieren. Und sie wunderte sich, dass, im Gegensatz zu vor vier Jahren, sexualisierte Kriegsgewalt keine Widerspiegelung im aktuellen Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN findet. Das noch zu ändern, dafür werde er sich einsetzen, versprach der Abgeordnete.

Deutsch kamen zum Einsatz. Die Gäste hatten ein großes Mitteilungsbedürfnis, die Abgeordneten so manche Frage. Stefan Liebich wollte wissen, wie es mit der freien Marktwirtschaft, die in der Verfassung manifestiert wurde, klappt. Die Antwort fiel klar aus - schlecht.

Als der Abend im Regierungsviertel Einzug hielt, machte sich Stefan Liebich auf zu seinem letzten Termin. Im „Thüringer“ trifft sich regelmäßig eine Gruppe jüngerer Abgeordneter von SPD, Grünen und LINKEN, um Chancen für Rot-Rot-Grün und einen Politikwechsel auszuloten. Es gab sicher schon bessere Termine zum Thema als derzeit. Aber: Stefan Liebich ist dort nicht der einzige Experte für halbvollte Gläser.

**Hartmut Seefeld**

# Schleichverkehr

## ➤ Dicke Luft im Arnimplatzkiez

Es gibt mittlerweile kaum noch ein Wohngebiet, aus dem die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) keine Klagen über gestiegenen Durchgangsverkehr erreichen. Die Gründe dafür sind im Einzelnen vielfältig. Der kleinste gemeinsame Nenner ist jedoch, dass Autofahrer anscheinend grundsätzlich der Meinung sind, sie hätten ein – wie auch immer geartetes – „Recht“ darauf, nicht nur bequem, sondern auch „schnell“ durch die Stadt zu kommen. Darum umfährt man möglichst jede Ampel, die auf dem Weg liegen könnte und quält sich durch enge und engste Nebenstraßen, obwohl jeder weiß, dass das Einbildung ist. Unterstützt werden „die“ Autofahrer dabei von den sich epidemisch ausbreitenden Navigationssystemen und den Straßenverkehrsbehörden, angefangen beim Bund bis hinunter zu den Gemeinden.



Nehmen wir ein Beispiel: Die Instandsetzung der Bornholmer Brücke machte es erforderlich, eine Umleitungsstrecke auszuweisen, die den Arnimplatzkiez nur in zwei Straßen tangiert hätte – Behmstraße und Malmöerstraße. Die zuständige Behörde, die Verkehrslenkung Berlin, weigerte sich aber, diese Umleitungsverkehr auch auf diese Route zu zwingen mit dem Ergebnis, dass dieser Verkehr sich nun durch das gesamte Wohngebiet ergießt.

Um dem gegenzusteuern, hat die BVV hier, wie auch andernorts, robuste verkehrslenkende Maßnahmen gefordert, beispielsweise ein Links-

Schievelbeiner Straße / Seelower Straße

abbiegeverbot von der Schievelbeiner Straße in die Wohngebietsstraßen. Das hat die untere Straßenverkehrsbehörde wiederum abgelehnt. Man könne den Autofahrern ja nicht vorschreiben, wie sie fahren. Doch, man kann! Offenbar aber ist nichts so wirkmächtig, wie alte Wahlkampflogans, die sich im Verwaltungsdenken breit gemacht haben. „Freie Fahrt für freie Bürger“ war ein Spruch, den der ADAC 1974 aufbrachte und später von der CDU übernommen wurde.

Er gilt nicht mehr. Das weiß nur noch nicht jeder.

**Wolfram Kempe**  
Bezirksverordneter

## ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**17. Juni • 11 Uhr Fest der LINKEN mit Kinderfest**, Diskussionen, Markttreiben und vielen Bands, Rosa-Luxemburg-Platz

• **14 Uhr Fete bei Käthe**, Kinderfest der LINKEN auf dem Kollwitzplatz

**17./18. Juni • 11 Uhr Infostand der LINKEN**, Buchholzer Festtage, Buchholz Kirche

**21. Juni • 16 Uhr Infostand der LINKEN**, Marienburger Straße / Winsstraße

**23. Juni • 17 Uhr Basiskonferenz DIE LINKE**. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Nähe S Ostbahnhof

**24. Juni • 11 Uhr Infostand der LINKEN**, Kollwitzplatz  
• **12 Uhr Infostand der LINKEN** am U Vinetastraße

**28. Juni • 19 Uhr Filmabend über Werner Klemke**, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, S & U Schönhauser Allee

**29. Juni • 17 Uhr Diskussion „Bezahlbares Wohnen – aber wo?“** mit Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, Stille Straße 10

**30. Juni • 11 Uhr Gemeinsames Kochen mit Sozialsenatorin Elke Breitenbach**, Stille Straße 10

**1. Juli • 10 Uhr Landesparteitag DIE LINKE**. Berlin, WISTA-Veranstaltungszentrum Adlershof, Rudower Chaussee 17, S Adlershof

• **11 Uhr Politikerfrühstück „Pankow Bezirk aller Generationen – Herausforderung und Chance“** mit Bezirksbürgermeister Sören Benn, Stille Straße 10

**6. Juli • 18.30 Uhr Diskussion mit Stefan Liebich (MdB)** in der Stadtmission, Berliner Straße 44 (U Vinetastraße)

**8. Juli • 16 Uhr Infostand der LINKEN** am Mühlenbergcenter, Greifswalder Straße / Thomas-Mann-Straße

**15. Juli • 9 Uhr Infostand der LINKEN** in Wilhelmsruh an der Post, Hauptstraße 32

**15./16. Juli • 13 Uhr Infostand der LINKEN.**, Weißenseer Blumenfest



**BÜRGERBÜRO**  
**Carola Bluhm – Katrin Möller – Udo Wolf**  
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77



**SPRECHSTUNDE**  
mit **Katrin Möller**

jeden **1. Dienstag im Monat**  
im **Bürgerbüro Bluhm – Möller – Wolf**  
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin,  
post@katrinmoeller.berlin



# Furcht

Im schönen Monat Mai war unser Treff im Eisernen Gustav. Endlich hatten die Temperaturen Dimensionen über 10° C erreicht. Ein windgeschütztes Plätzchen im Garten unter Linden schien angemessen für unsere Diskussion.

Als Letzte kam Lena - mit Tränen in den Augen. Die Frage von Klaus: „Was ist los?“ Antwort von Lena: „Heute Nacht brannte in unserer ruhigen Straße ein Auto. Vor einem halben Jahr hatte sich Dieter das neue Auto gekauft. Er braucht es für seine Arbeit. Und wo unser Auto steht, wisst ihr. Direkt neben dem Haus. Was das bei einem Brand bedeuten würde, können wir uns denken. Ich habe Angst.“

Manfred springt ein: „Angst ist ein Gefühl, das katastrophale Folgen für die Gesundheit haben kann. Es gibt genügend Belege für die Zunahme solcher Zustände. Wir haben das bei einer Freundin erlebt. Kopfschmerzen und Antriebslosigkeit sind einige Anzeichen. Und in unserer Zeit sind die ge-

sellschaftlichen Zustände aufgeladen mit Druck, die Angst ebenfalls befördern können.“

Anna ergänzt: „Angst um den Arbeitsplatz. Angst vor Terror und den Folgen der 26 militärischen Auseinandersetzungen auf der Erde mit Tausenden Toten und Hunger für Kleinkinder. Familienprobleme, Krankheiten, Erfolglosigkeit und Überforderung oder körperliche Gebrechen - Angst ist allgegenwärtig. Die persönlichen Lebensbedingungen können ausgleichend oder verstärkend wirken. Man fragt sich, warum die Symptome in der Gesellschaft immer häufiger auftreten?“

Klaus zum Abschluss: „Im frühen Kindesalter werden Märchen erzählt, verfasst von den Gebrüdern Grimm - mit Theatralik den Kleinen vorgetragen. Sie erleben mit angstgeweiteten Augen wie der Wolf die Geißlein verschlingt oder die böse Stiefmutter das Schneewittchen vergiftet. Warum wohl?“

## Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Bezirksvorstand Berlin Pankow  
Fennstraße 2, 13347 Berlin  
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch

Redaktionsschluß: 26. Mai 2017  
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin  
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 6. Oktober 2017.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Jaana Stiller, Ben Gross Photography, Katalin Gennburg, Sandra Brunner, Matthias Zarbock

Die **extraDrei** braucht Spenden!  
Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin  
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03  
BIC: DEUTDE33110  
Bank: Berliner Bank  
Verwendungszweck: 505 - 810

Lustig war unsere Diskussion nicht. Der übliche Korn wollte nicht so recht schmecken. **Klaus Flemming**

## SUDOKU mittel Vitamine für's Gehirn schwer

		2						1
5					4			7
				2			8	
	9		2		6	7		
	6				7			8
3		1						6
7		6			1		8	3
4	8		6					9
			3					

				1		5			7
				3	7	6		1	
						9			6
	3								
	5	7	4						
	2	4							
5		9	7						
	1				6				4
4		2				3			

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.